



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	<b>Abkommen mit den USA: Dem Elefant so gut es geht die Stirne bieten</b>
Für Rückfragen	Thomas Maier, Nationalrat, Tel. +41 78 652 06 50
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	29. Februar 2012

### Notwendige Ergänzung zum DBA mit den USA

**Die Grünliberalen sehen keine anderen Weg den Ergänzungen zum DBA mit den USA zuzustimmen und freuen sich darüber, dass der Nationalrat im Plenum dem Ständerat folgt und auf das Abkommen eingetreten ist. Die Grünliberalen warnen vor irgendwelchen Träumereien betreffend der Kampfkraft der Schweiz. Es ist ein Fakt und schlicht nicht wegzudiskutieren, dass die USA der Elefant und die Schweiz die Maus sind. Da kann noch lange gepoltert werden und Stärke gefordert sein – wir sind leider nicht in der Ausgangslage dafür. Wir müssen so gut es geht, die Stirn bieten. Geradezu eine Katastrophe ist es für diese Zielerreichung, dass wir uns in der Schweiz gegenseitig mit Vorwürfen eindecken und abschiessen, statt in geeinter Strategie gegen die USA anzutreten mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.**

Die Grünliberalen werden allen Ergänzungen zu den DBA Abkommen mit diversen Staaten zustimmen, inkl. demjenigen der USA. Die gestellten Minderheitsanträge, die zum Ziel haben, eine de facto ausser Kraft Setzung der DBA zu erwirken, lehnen wir ab.

Mit einiger Konsternation haben die Grünliberalen vor der heutigen Debatte über die Ergänzung dieses DBA's mit den USA zur Kenntnis genommen. Das Spiel mit dem Feuer einiger politischer Akteure und die Verknüpfung verschiedener politischer Ziele ohne inhaltlichen Zusammenhang sind den Grünliberalen unbegreiflich. Der Bund befindet sich mitten in Verhandlungen mit den USA über eine Lösung des aktuell schwelenden Steuerstreites. Natürlich gäbe und gibt es beim Umsetzen und der Wahl einer Strategie immer sehr viel zu kritisieren. Die Grünliberalen sind allerdings der Meinung, dass der Bundesrat sich jetzt für diesen Weg entschieden hat. Da dieser Weg einer Gratwanderung gleicht, kann er nun nicht einfach verlassen werden. Alle paar Wochen darüber zu lamentieren und neue Grundsatzdebatten mit neuen Ideen anzureissen, erachten die Grünliberalen für nicht zielführend. Die Grünliberalen werden am Ende Bilanz ziehen und wollen im Sinne des Banken- und Werkplatzes eine möglichst umfassende Lösung für die aktuellen Probleme mit den USA und zwar noch 2012. Wenn es dann noch gelingen würde, einen Schlusstrich unter alle vergangenen Fälle zu ziehen, wäre dies wohl der Punkt auf dem i. Die Schweiz braucht so rasch wie möglich konkrete und praktikable Vorschläge, wie wir in Zukunft einfach sicherstellen können, dass in der Schweiz korrekt versteuertes Geld angelegt und verwaltet wird. Und zwar ohne, dass unsere Banken zum verlängerten Arm sämtlicher Steuerverwaltung dieser Erde werden und mit kürzeren Spiessen im globalen Wettbewerb zu kämpfen haben als ihre ausländische Konkurrenz. Auch unser Bankenplatz brachte und bringt uns Wohlstand und sehr gerne eingenommene Steuereinnahmen – auf die zu verzichten würde sehr schmerzen. Umso mehr ärgert es natürlich, dass es den USA mit ihrem teilweise aggressiven Vorgehen ganz nebenbei auch gelingt, einen guten Teil des Bankenbusiness in ihr eigenes Land zurück zu transferieren. Dies ist sicher ein Teil der Strategie der USA, weil in der Finanzkrise der amerikanische Staat im Unterschied zur Schweiz ja sehr viel Geld in seine Banken investiert hatte und hier keine saubere Trennung mehr zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Interessen vorhanden ist. Nur auch hier gilt: jammern über diesen Fakt bringt uns nicht weiter.

Das DBA mit den USA ist nach Meinung der glp ein weiterer kleiner Schritt in die richtige Richtung und stellt sicher, dass der Finanz- und Werkplatz Schweiz weiterhin international konkurrenzfähig wirtschaften.